

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in: Landesvorstand Sachsen-Anhalt
Beschlussdatum: 25.04.2017

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

Von Zeile 120 bis 125:

Pflegerinnen und Pfleger müssen besser bezahlt werden. Durch ausreichendes Personal wollen wir Überlastung vermeiden. ~~Der Pflegeberuf muss aufgewertet werden. Wir schlagen dazu eine gestufte Ausbildung vor, die spezialisiertes Fachwissen erhält und die Durchlässigkeit zwischen den Pflegeberufen erhöht. Und wir brauchen ein neues, unabhängiges Institut für Qualität in der Pflege.~~ **Wir stehen deswegen zur generalistischen Ausbildung, die spezialisiertes Fachwissen enthält und die Durchlässigkeit zwischen den Pflegeberufen erhöht. Und wir treten in den Dialog mit den Akteuren in der Pflege über einen neuen Weg, die Qualität in der Pflege zu sichern.** Schließlich wollen wir auch die Pflegeversicherung zu einer Bürgerversicherung machen und so langfristig ausreichend finanzieren.

Begründung

Aktuell läuft das Gesetzgebungsverfahren zur Ausbildungsreform in den Pflegeberufen. Dabei geht es um die generalistische Ausbildung, in der Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpfleger gemeinsam den Beruf erlernen. Am Ende wird ein neues integriertes Berufsbild „Pflege“ stehen (müssen). Die Pflegeverbände als berufsständische Vertreter der Pflege wollen und forcieren diesen Prozess und sind unzufrieden mit seiner schleppenden Entwicklung. Der ursprüngliche Programmentwurf wird diesem Entwicklungsstand nicht gerecht und wirft uns vielmehr weit hinter das zurück, was „Pflege“ will.

In verschiedenen Bundesländern haben sich in den letzten Monaten Landespflegekammern gegründet. In einigen ist der Gründungsprozess im Gange oder in Vorbereitung. GRÜNE in den Ländern haben dabei verschiedene Positionen eingenommen. Aufgabe einer Pflegekammer ist unter anderem die Qualitätssicherung in der Pflege. Auch hier wirft uns die Forderung nach einem „Institut“ hinter die aktuellen progressiven Entwicklungen zurück. Deswegen sollten wir zwar den Anspruch an andere Qualitätssicherung deutlich, die Frage nach der Institution aber offener formulieren.